EVP Info
Zeitschrift für Evangelische Volkspolitik
Thurgau
Nr. 35 / Januar 2014

Aktuell

Jahresmotto 2014

Chancen der Genügsamkeit – so lautete unser Motto 2013 und so bleibt es auch für 2014. Sein Ziel ist bei weitem nicht erreicht. Deshalb bleiben wir dran. Mit fast panischer Angst jagt die offizielle Schweiz dem Wachstum von Wirtschaft und Finanzplatz nach. Die Parteileitung der EVP Thurgau möchte diesem Trend die Gelassenheit christlicher Zuversicht entgegenstellen und damit die Ressourcen schonen und den Menschen mehr Ruhe gönnen. (rs)
Weiter auf Seite 4.

Rücktritt von Regula Streckeisen aus dem Grossen Rat

„Während zehneinhalb Jahren (1999-2004 und ab 2008) durfte ich im Grossen Rat für das Wohl des Thurgauer Volkes und die Werte der EVP tätig sein. Die christlichen Werte leiteten mich in meiner Ratsarbeit, insbesondere das Vorbild von Jesus und der biblischen Propheten. Meiner Nachfolgerin Doris Günter wünsche ich Freude, Erfolg und etwas Frustrationstoleranz." (rs)
Lesen Sie das Interview zum Rücktritt auf Seite 5.

Überfüllte Schweiz?

Nein zur Initiative „Gegen Masseneinwanderung"

Die Initiative der SVP will für Ausländer Kontingente einführen und den Familiennachzug erschweren. Sie degradiert den Menschen zum Wirtschaftsfaktor und gefährdet die Bilateralen Verträge mit Europa.

Die Scheinlösung: Die florierende Wirtschaft und die Überalterung der Gesellschaft führen zu einem Fachkräftemangel. Deshalb kämen nicht weniger Arbeitskräfte in unser Land. Sie kämen aber ohne Familie. Das erachten wir Christen als menschenunwürdig. Kontingente bedeuten mehr Bürokratie und werden von der EU nicht geduldet. Die Schweiz würde sich isolieren.

Der Apfelbaum symbolisiert die Bilateralen Verträge. Zerstören seine Wurzeln (Personenfreizügigkeit) die Schweiz (Bild links)? Oder profitieren wir alle von seinen schmackhaften Früchten wie Wohlstand und Arbeit (Bild rechts)?

Die Probleme: Seit 2007 wandern jährlich rund 80' 000 Personen mehr in die Schweiz ein als aus, drei Viertel davon aus der EU. Die Folgen sind spürbar: Konkurrenz um Arbeitsplätze, überfüllte Züge, verstopfte Strassen, steigende Mieten, mehr Überbauungen. – Weiter auf Seite 3.

„Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache" – das passt.

Die Volksinitiative verlangt, dass Abtreibungen nicht mehr von der Krankenkasse bezahlt werden ausser bei gesundheitlicher Gefährdung der Mutter. Abtreibungen sind keine Bagatellen, sondern können schwerwiegende körperliche und seelische Folgen für die Frau haben.

Die EVP setzt sich für den umfassenden Schutz des menschlichen Lebens von der Zeugung bis zum Tod ein. Im Entwurf zum neuen Parteiprogramm schlägt sie eine ganze Reihe von Massnahmen vor, um Abtreibungen möglichst zu verhindern. So sollen schwangeren Frauen in einer fundierten Beratung noch mehr als bisher Möglichkeiten aufgezeigt werden, auch in einer Notlage werdendes Leben zu erhalten. Weiter wird vorgeschlagen, vor Abtreibungen eine einwöchige Wartefrist einzuführen.

Die Kostenpflicht der Krankenkassen stammt aus der Zeit, als Schwangerschaftsabbrüche nur aus medizinischen Gründen erlaubt waren. Mit der Einführung der Fristenregelung hätte man diese Frage neu regeln müssen. Da man die Verhütungskosten privat bezahlt, sind auch Abtreibungen privat zu finanzieren. Niemand soll mit seinen Prämien Abtreibungen mitfinanzieren müssen. Die Krankenversicherung soll menschliches Leben schützen. Für Frauen, die ungewollt schwanger werden, gibt es Unterstützungsangebote, damit sie trotz Notlage ihr Kind behalten können.

andrea.witzsch@evp-thurgau.ch

Güggerüggü

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Dass Sie sich auch im neuen Jahr in unser EVP-Info vertiefen, freut uns. Als Redaktionsteam danken wir Ihnen für alle Rückmeldungen auf die neue Gestaltung und die Artikel. Wir wünschen Ihnen und Ihren Angehörigen ein frohes, gesegnetes neues Jahr.

Chancen der Genügsamkeit
Ganz unverblümt fordert uns die Bibel auf: Seid nicht geldgierig, und lasst euch genügen an dem, was da ist. Was im persönlichen Leben gesundheitsfördernd ist, kann dem Zusammenleben in der Gesellschaft nur dienen. Die politischen Vorlagen und Entscheidungen will die EVP auch im 2014 am Wert der Genügsamkeit messen.

Neues Jahr, neue Herausforderung
Mit der Vereidigung am 22. Januar beginnt meine Tätigkeit im Grossen Rat. An den Unterlagen, die in unserm Haus ankommen, merke ich, dass damit eine Intensivweiterbildung verbunden ist. Mit vielen Themen habe ich mich erst aus der Ferne und grundsätzlich beschäftigt. Ich freue mich auf das Kennenlernen des Ratsbetriebs und die Zusammenarbeit in der Fraktion.

Geprägt bin ich vom Leben im ländlichen Oberthurgau, der Zeit als Familienfrau und Mutter von fünf inzwischen erwachsenen Kindern und meiner Arbeit als Primarlehrerin und Katechetin in den kleinen Landschulen. Als grossen Segen für mich persönlich und für die ganze Familie erlebe ich unsere Mitarbeit im Hilfswerk „Pro Schule Ost". Die damit verbundene Horizonterweiterung möchte ich nicht missen.

Der zurücktretenden Kantonsrätin Regula Streckeisen danke ich herzlich für den langjährigen, engagierten Einsatz.

Doris Günter,
Kantonsrätin,
Winden (Egnach),
doris.guenter@
evp-thurgau.ch

Rund um das Gemeinwohl

Leitartikel

„Ich bi doch nid blöd!"

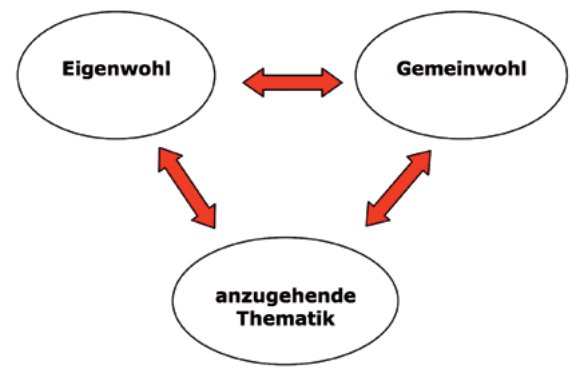
Ich arbeite vor allem für mich! Oder? Was bringt mir schon der Einsatz für das Gemeinwohl? Auf die grossen Probleme habe ich ohnehin keinen Einfluss!

Befinden wir uns nicht oft im Zwiespalt zwischen dem Einsatz für uns oder die Gemeinschaft, für das sogenannte Gemeinwohl? Nehmen wir uns kurz Zeit zur Betrachtung der sich ergebenden Spannungsfelder!

Das Gemeinwohl
Bedürfnisse der Gemeinschaft, ob im Rahmen der Familie, im Bekanntenkreis, Verein oder bis weltumspannend, benötigen Lösungen. Durch meinen Einsatz dafür gewinnt mein Leben zusätzlichen Sinn und durch meine Beteiligung am Ergebnis finde ich Befriedigung.

Das Individualwohl, das Wohl des Einzelnen
Man kann sich durch den übermässigen Einsatz für das Gemeinwohl auffressen lassen. Das macht im Normalfall keinen Sinn. Die Wahrnehmung der Verantwortung und der Einsatz für sich selbst sind wichtige Triebfedern für die Selbsterhaltung. Ich will meinen Alltag meistern und meine Zukunft sichern!

Das Spannungsfeld zwischen dem Gemeinwohl und dem Individualwohl
Die Grafik zeigt die Spannung auf zwischen Gemeinwohl und Individualwohl. Wann ist mein Wohl am Zug, wann das Wohl der Gemeinschaft? Was beziehe ich von verschiedenen Gemeinschaften und wo ist mein eigener Einsatz gefordert? Ich beziehe Leistungen des Gesundheits- und Bildungswesens, Sicherheit, Mobilität, Lebensmittel usw.



Ordnungsrahmen für grössere Gemeingüter
Wo breite Interessen zusammenprallen wie beispielsweise in der Klimapolitik, der Bodenpolitik, der Migrationspolitik oder dem Umgang mit Ressourcen, ist ein Ordnungsrahmen unabdingbar. Durch Zielsetzungen, Verträge und Gesetze wird der Rahmen fest gelegt, in welchem ich mich frei bewegen und entwickeln kann. Das Zusammenwirken aller Beteiligten ist gefordert, um den Rahmen zu formen und durch zu setzen. Denn, die Welt und ihre Schätze gehören allen heutigen und künftigen Bewohnern. Unsere Sichtweise ist leider durch das heute geltende Privatrecht an Boden und Bodenschätzen sehr eingeschränkt.

Ohne Gemeinsinn kein Gemeinwohl
Der Gemeinsinn ist eine geistige Haltung, die einen Sinn für die mit den andern Menschen geteilte Welt entwickelt und damit die Bereitschaft voraussetzt, beim Denken und Handeln die Perspektiven der Andern mit einzubeziehen (G.Kohler). Gemeinsinn ist eine hochentwickelte gesellschaftlich-kulturelle Leistung, die im Rahmen der Sozialisation erworben und weiter gegeben wird (Hubertus Schmid). Der Gemeinsinn bildet also die Grundlage und das verbindende Element für unser gemeinsames Wirken.

Fazit: Gemeinwohl entsteht, wenn wir die Spannung zwischen Eigenwohl und Gemeinwohl in Bezug zur jeweiligen Thematik immer wieder neu ausloten. Dabei sind möglichst alle Beteiligten in den Lösungsprozess einzubeziehen, damit alle Anteil am Erfolg finden.

peter.glatz@evp-thurgau.ch, Vizepräsident EVP TG, Frauenfeld

FABI – Einwanderung – Vormundschaft

Eidgenössische Abstimmungen vom 9. Februar 2014

Fabilhaft – unserer Mobilität zuliebe

Die Abstimmung zur FABI-Vorlage gilt jetzt schon als historisch. Am 9. Februar stellen wir Weichen und entscheiden über die Mobilität, welche sich unseren Kindern in 20 Jahren bietet. Die Frage dabei: Soll die Schweiz weiterhin über ein gut ausgebautes Schienennetz und attraktive Reisebedingungen jenseits des Individualverkehrs verfügen? Oder lassen wir die Eisenbahn langsam an Klasse einbüssen?

Im Moment braucht die Schiene den Vergleich mit der Strasse nicht zu scheuen. Schnell, erfolgreich und sicher werden täglich über eine Million Fahrgäste sowie 160 Tausend Tonnen Güter transportiert. Müsste dies die Strasse schlucken, käme es dort zu einem gewaltigen Kollaps. Aber auch die Bahninfrastruktur kommt an ihre Grenze. Einerseits muss das vorhandene Material gewartet werden, andererseits verlangen die zunehmenden Engpässe nach längeren Zügen und dichterem Fahrplan. Beides kostet.

Die FABI-Vorlage stellt die Finanzierung auf eine faire Art sicher, indem alle Beteiligten, also auch die Reisenden, ihren Beitrag dazu leisten. Enthalten sind zudem konkrete etappenweise Ausbauprojekte. In der Ostschweiz wird vielerorts der Halbstundentakt ermöglicht und auf zwei Strecken wird die Anzahl Sitzplätze wesentlich erhöht.
FABI gewährleistet so die Mobilität in allen Schweizer Regionen bei vergleichsweise tiefer Umweltbelastung. Die Vorlage hat nicht nur die EVP überzeugt, auch der Bundesrat, das Parlament und sämtliche Kantone haben sich für den Erhalt und den Ausbau der Bahninfrastruktur ausgesprochen; kein Wunder, denn der öffentliche Verkehr ist in der Schweiz ein wichtiger Faktor im weltweiten Standortwettbewerb und ein Trumpf der Tourismusregionen. Wie stellen Sie die Weiche?

michael.zingg@evp-thurgau.ch

Bessere Lösungsansätze zur Einwanderung

Fortsetzung

Flankierende Massnahmen
Gegen Arbeitslosigkeit und Lohndumping haben sich die flankierenden Massnahmen bewährt. Das Lohniveau blieb erhalten und die Arbeitslosigkeit ist tiefer als in den Nachbarländern.

Raumplanung
Gegen die Zubetonierung der Schweiz brauchen wir eine wirksame Raumplanung, zB. verdichtetes Bauen. Wohnen und arbeiten sollen näher zusammenrücken und der Pendlerabzug begrenzt werden. Das knappe Ackerland verdient besseren Schutz.

Steuerrecht
Verlegt eine Internationale Firma dank Steueranreizen Ihren Sitz in die Schweiz, bringt sie ihr Management samt Familien mit. Sie brauchen Land, Wohnraum, Bauarbeiter usw. Diese Nachteile der Steueranreize sind kritisch zu prüfen.

Integration
Wie viel Zuwanderung die Schweiz erträgt, hängt nicht nur von Zahlen ab, sondern von der Eingliederung in die Gesellschaft. Da kann jeder Schweizer in seiner Nachbarschaft mithelfen. (ja)

Das neue Vormundschaftsrecht bietet mehr Professionalität

Die Parteien CVP und EVP luden zum Infoabend über das neue Vormundschaftsrecht ein. Die Präsidentin der Kindes -und Erwachsenenschutzbehörde KESB in Frauenfeld, Frau Dr. iur. lic.phil. Barbara Merz, führte kompetent und praxisnah durch den Abend.

Das „alte" Vormundschaftsgesetz trat 1912 in Kraft. Welch enormer gesellschaftlicher Wandel fand seither statt! Eine neue Gesetzgebung drängte sich auf. Bisher führten die Politischen Gemeinden die Vormundschaft und trugen eine grosse Verantwortung. Ihre Arbeit erledigt seit dem 1. Januar 2013 die KESB, in welcher Juristen, Sozialarbeiter, Sozialpädagogen und Sozialversicherungsfachleute zusammen arbeiten. In Frauenfeld, Arbon, Kreuzlingen, Münchwilen und Weinfelden gibt es je eine KESB.

Beistandschaft
Die KESB ordnen eine Beistandschaft an bei Hilfs-oder Schutzbedürftigkeit, falls die Familie oder andere nahestehende Personen nicht genügend Unterstützung bieten können. Das Ziel ist die bestmögliche Erhaltung und Förderung der Selbstbestimmung.
Es gibt vier mögliche Stufen einer Beistandschaft. Die umfassendste, welche die frühere Vormundschaft ersetzt, wird nur noch selten ausgesprochen. Oft führt ein Berufsbeistand die Beistandschaft, seltener eine Privatperson. Frau Dr. Merz ruft uns als christliche Partei dazu auf, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Die KESB suchen geeignete Personen, die für wenig Entgelt kleinere Aufgaben für Menschen mit Unterstützungsbedarf übernehmen.

Jeannette Zjörjen, Etzwilen
jeannettetz@gmx.ch

Ziele der EVP Thurgau im 2014

Pressekonferenz zum Jahresanfang in der Kartause Ittingen

Chancen der Genügsamkeit – aus Liebe zur Zukunft

Regula Streckeisen, Kantonalpräsidentin

Wie bereits auf Seite 1 erwähnt, startet die EVP Thurgau mit diesem Motto in das Jahr 2014. Wir hinterfragen den geltenden Wachstumszwang. Wachstum bringt Wohlstand und Arbeitsplätze, aber auch Einwanderung. Wir fordern mehr Genügsamkeit. Sie muss nicht Askese bedeuten, sondern kann lustvoll gelebt werden. Die Hektik soll der Gelassenheit christlicher Zuversicht weichen. Wir haben genug Wohlstand in der Schweiz, er müsste aber besser verteilt werden.

Im Foto zeigen wir Produkte, welche in nächster Nähe gewachsen und veredelt wurden. Auch im Winter steht eine Vielfalt an einheimischen Lebensmitteln zur Verfügung – so richtig gluschtig. Mit mehr Zuwendung zu lokalen Produkten könnte die Konsumentenschaft Tausende von Lastwagenkilometern einsparen.

Thomas Bachofner, Regula Streckeisen, Doris Günter, Matthias Müller (v. links)

Familie und Bildung

Doris Günter, Kantonsrätin

Familien leben Genügsamkeit beim Teilen von Geld, Zeit, Energie und erleben Chancen und Freude am Aufwachsen der Kinder. Sie leisten einen wertvollen Beitrag an unsere Gesellschaft. Bei einer Geburtenrate von 1,4% sind wir aber auf Zuwanderung angewiesen.

Die Familieninitiative wurde im Thurgau nur knapp abgelehnt. Die EVP setzt sich für die genügsamere Thurgauer Motion für den Eigenbetreuungsabzug von Fr. 3000.– pro Familie ein.

In der Bildung fordern wir eine Reduktion der Fülle im Lehrplan 21 und eine Abwahlmöglichkeit für die zweite Fremdsprache in der Primarstufe. Zudem fragen wir: Wie viel Jesus braucht die Schule? Der LP 21 sieht nur religionsvergleichenden Unterricht vor. Damit wird er weder unserer christlichen Tradition noch den Kindern gerecht.

Finanzen, Wirtschaft, Raumplanung und Energiepolitik

Matthias Müller, Gemeindeammann und Fraktionspräsident

Wir verfolgen die Leistungsüberprüfung (LÜP) kritisch. Auch wenn beim Staat Genügsamkeit angesagt ist, soll das nicht dazu führen, dass das Personal oder die schwächeren Glieder unserer Gesellschaft darunter leiden müssen. Ich zweifle daran, dass sich 40 bis 60 Mio. Franken einsparen lassen. Eine moderate Erhöhung des Steuerfusses darf kein Tabu sein.

In der Raumplanung begrüssen wir das „Moratorium" für Baulandeinzonungen. Zudem fordern wir folgende Massnahmen:

1. Eingezonte Parzellen sind auch bei landwirtschaftlicher Nutzung als Bauland zu besteuern.

2. Die aktive Anwerbung von auswärtigen Unternehmen ist einzustellen, die entsprechenden Personalstellen zu reduzieren.

3. Es werden keine weiteren Personen pauschal besteuert.

Als Gemeindeammann einer „Energiestadt" setze ich mit neun weiteren Thurgauer Gemeinden auf Strom aus erneuerbaren Energien und auf den Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft.

Gemeinwohl/GWÖ

Thomas Bachofner, Mitglied Parteileitung

Als wirtschaftlich unverfilzte Partei begleiten wir das Wirtschaftsgeschehen kritisch-konstruktiv und zeigen konkrete Alternativen auf:

Qualitatives statt quantitatives Wachstum

Wenn das Wirtschaftssystem nur dank Wachstum funktioniert, ernten wir Probleme. In der Natur findet jeder Organismus eine natürliche Wachstumsgrenze. Nur der Krebs wuchert ungebremst und zerstört.

Unternehmenserfolg am Gemeinwohl messen

Bis anhin wird der Unternehmenserfolg ausschliesslich an der Bilanz gemessen. Das Geld/der Gewinn wird zum Ziel (zum Götzen) erklärt. Geld sollte aber Mittel zum Zweck sein, Ziel die Förderung des Gemeinwohls.

Eine alternative Messgrösse ist die Gemeinwohl-Bilanz. Sie misst neben finanziellen Aspekten auch soziale und ökologische Auswirkungen und erfasst den Erfolg eines Unternehmens ganzheitlich. Es geht um mehr als um Hochglanzprospekte, welche dem Kunden die Nachhaltigkeit marketingmässig empfehlen!

Politische Anreize

Die Politik soll Anreize geben, sich in diese Richtung zu entwickeln, z.B. Vorteile im öffentlichen Beschaffungswesen oder steuerliche Vergünstigungen.

Aus der Bibel – für die Politik

Liebe Leserin, lieber Leser

„Und was krieg ich dafür?" Wenn meine Kinder so fragen, weil sie im Haushalt oder beim Einkaufen mithelfen müssen, bekommen sie immer dieselbe Antwort: ein Lächeln. Also nichts, was sich auf den Inhalt des Portemonnaies auswirkt. Wir leben in einer leistungs- und wachstumsorientierten Welt. Umso wichtiger ist es zu erleben, wie sehr ich andere und mich selbst glücklich machen kann, wenn ich etwas für meine Mitmenschen tue, was nicht mit Geld entschädigt wird.

Wenn ich mich freiwillig in einer politischen Partei, einem Verein oder in der Kirche engagiere, kann ich erleben, dass die Interessen des Einzelnen und der Gruppen einem Ziel untergeordnet werden, das dem Gemeinwohl dient: ein Konzert zu organisieren, einen Gottesdienst neu zu gestalten usw.

Was wir alle dabei gewinnen, ist mehr, als man in Zahlen ausdrücken kann. (vgl. Lukas 8,3).

Martina Brendler, Pfarrerin in Romanshorn

Die Arbeit im Grossen Rat – ein Rückblick

Fraktionspräsident Matthias Müller befragt die zurücktretende Kantonsrätin Regula Streckeisen.

***MM:** Was hat dich damals dazu bewogen, im Grossen Rat mitzumischen?*

RS: Ich wollte mithelfen, christliche Werte wie Solidarität, Ehrlichkeit und Wertschätzung in der Politik zu pflegen und zu fördern, sowohl im Inhalt der Gesetzesarbeit als auch im politischen Stil.

***MM:** Was waren deine grösste Lust bzw. grösster Frust?*

RS: Ich musste zuerst lernen, dass man als Einzelkämpferin nichts erreicht und dass man meinen Voten nur zuhört, wenn sie prägnant, knackig, mit neuen Fakten untermauert und mit Humor gewürzt sind, oder wenn sie spontan Argumente der Vorredner kontern. Als ich das gelernt hatte, machte mir die Ratsarbeit viel Freude. Zudem bekam ich interessante Einblicke in unzählige gesellschaftliche Bereiche und erweiterte dabei meinen Horizont.

***MM:** Was empfiehlst du neuen Mitgliedern?*

RS: Schmiede Bündnisse mit allen Ratsmitgliedern, die für die gleiche Sache kämpfen, unabhängig von deren Parteizugehörigkeit. Achte auf einen wertschätzenden Stil und sei innovativ beim Erarbeiten von Kompromisslösungen, mit denen (fast) alle leben können.

***MM:** Deine Schlussbilanz?*

RS: Die meisten Politikerinnen und Politiker sind besser als ihr Ruf.

Impressum

Herausgeber
EVP Kanton Thurgau,
www.evp-thurgau.ch

Redaktionsadresse / Inserate
Regula Streckeisen, Amriswilerstr. 20,
8590 Romanshorn,
redaktion@evp-thurgau.ch

Redaktionsteam
Jörg Altorfer (ja), Doris Günter (dg),
Regula Streckeisen (rs), Andrea Witzsch (aw), Michael Zingg (mz)

Abonnement 15 Franken pro Jahr

Postkonto 85-207236-0,
IBAN CH02 0900 0000 8520 7236 0

Adressänderungen
antonia.alberts@evp-thurgau.ch,
Pestalozzistr. 8, 8590 Romanshorn

Auflage 3'000 Exemplare
Geht an die Mitglieder der EVP Thurgau und an Interessierte.

Erscheinungsweise vierteljährlich

Druck Brüggli Medien, Romanshorn

Gesucht: Pulte, Stühle, Geschirr, Kleider

Mit gebrauchten Schulmöbeln unterstützen wir Schulen in Osteuropa.
Mit Geschirr und Kleidern unterstützen wir Brockenstuben in Bulgarien.
Der Gewinn fliesst in ein Notschlafprojekt.

Pro Schule Ost

Pro Schule Ost, 9315 Winden
Martin Richard, Tel: 071 688 46 60
mrbo@bluewin.ch
Andreas Günther, Tel: 071 477 25 10
andreas.guenter@bluewin.ch

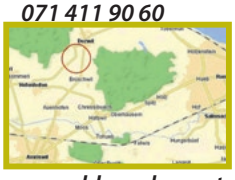
BrockiShop
Thurgau/Schaffhausen

Blaues Kreuz

SCHATZKARTE

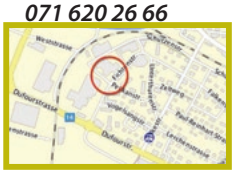
...zu einer Fundgrube für alltägliche und ausgefallene Gebrauchsgegenstände und Raritäten. Ihr Einkauf finanziert unsere präventive Jugendarbeit im Kanton!

Hamisfeld
071 411 90 60



Kreuzlingen
071 672 84 65

Weinfelden
071 620 26 66



www.blaueskreuz-tgsh.ch / www.brockiShop-tgsh.ch / Spende: 85-4540-2

Feedback

Die EVP interessiert mich
☐ Senden Sie mir Unterlagen.
☐ Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

Folgende Person interessiert sich für das EVP-Info
☐ Senden Sie ihr das EVP-Info zu:
Name _____
Vorname _____
Adresse _____
PLZ Ort _____
Tel. _____
Mail _____

Das EVP-Info interessiert mich nicht
☐ Streichen Sie meine Adresse:
Name _____
Vorname _____
Adresse _____
PLZ Ort _____

Bitte kreuzen Sie Ihren Wunsch an und schicken Sie den Talon an die Redaktionsadresse im Impressum.

Das freut uns

Erfolg im Grossen Rat

Für meine Motion zur Standesinitiative betreffend Pflegefinanzierung hatte ich Mitmotionäre aus jeder Partei mit ins Boot geholt. Nur die SP mochte nicht dabei sein. Schliesslich wurde der Standesinitiative mit 80 zu 21 zugestimmt, was durchaus eine Sensation bedeutet für einen Vorstoss aus der kleinen EVP. Nun – Brückenbauen ist meine Leidenschaft, und das gelang mir hier. Allerdings ist ungewiss, ob unser Thurgauer Anliegen in Bern auch eine Mehrheit findet. Es bezweckt die Entlastung des Kantons und der Gemeinden vom Zwang, auch reichen Pflegebedürftigen mehr als die Hälfte der Pflegekosten bezahlen zu müssen. Steuergelder sollen nicht mit der Giesskanne ausgeschüttet werden, sondern nur wo nötig. Dafür stehe ich gerne ein.

Eine wertvolle Chance

Die Abstimmung über die Abtreibungsfinanzierung öffnet uns die Chance, einmal mehr auf das Wunder des Lebens aufmerksam zu machen. Als Ärztin staune ich immer wieder neu darüber, wie sich aus Ei- und Samenzelle ein so hochdifferenzierter kleiner Mensch entwickelt. Und wie es den Neugeborenen gelingt,

Liebe und Fürsorge in ihrer Umgebung zu wecken. So dass bei Schwangeren, welche eine Abtreibung zwar in Erwägung zogen, dann aber verwarfen, fast immer ein Happy End resultiert. Packen wir die Chance und sprechen darüber oder schreiben einen Leserbrief. Und seien wir grosszügig, wenn solche Mütter und Kinder Sozialhilfegelder brauchen. (rs)

Chancen der Genügsamkeit

Warum Couverts kaufen, wenn der Altpapierstapler überläuft? Mit meinen selbstgebastelten Couverts aus alten Zeitschriften und Werbungen konnte ich schon vielen Menschen eine persönliche Freude machen, da jedes ein farbenfrohes Unikat ist. Ausserdem vermitteln sie die Botschaft:

Recycling ist nicht schäbig; Recycling ist kreativ!

Anita Spöhel, Weinfelden

Unsere Vertretung im Zentralvorstand der EVP Schweiz

Im Jahr 2013 traten Stefan Eggimann und Doris Günter aus dem ZV zurück. Wir danken beiden für ihr wertvolles Wirken in diesem Gremium.
Neu gewählt wurde **Hansjörg Haller** aus Hauptwil. Er ist Pfarrer der evang. Landeskirche und selbständiger therapeutischer Seelsorger. Jg. 1952, verheiratet, 5 erwachsene Kinder. Wir wünschen ihm Freude und Genugtuung im neuen Amt. Weiterhin im ZV tätig ist Ursula Pauciullo, Berlingen.

Termine 2014

24.1.	19:30 Stamm EVP Romanshorn-Salmsach, Rest. Inseli
25.1.	Sonderparteitag EVP CH, Thema „Sicherheit", Olten
24.2.	19:30 JV EVP Weinfelden, 20:15 JV Bezirk Wf., Rest. Trauben Wf.
7.3.	19:30 Stamm Rest. Bellevue, Arbon
15.3.	Kadertag der EVP CH im Bundeshaus, Bern
21.3.	19:30 JV EVP Bezirk Arbon, EVP Arbon u. EVP Romanshorn-Salmsach
5.4.	DV EVP CH mit Jubiläum 95 Jahre, Biel
9.4.	KMU-Forum der EVP CH, Wimmis
23.4.	19:30 ordentl. DV der EVP TG
9.5.	19:30 Stamm Rest. Bellevue, Arbon
20.6.	Sommerfest EVP Arbon
28.6.	DV / Parteiprogrammtag EVP CH, Ittigen BE
29.6.	12:30 Grillfest bei Fam. UP Beerli, Märstetten

Parolen EVP TG für den 9.2.2014

Eidg. Abstimmungsvorlagen:

Finanzierung und Ausbau Bahninfrastruktur FABI	JA (33:1)
Initiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache"	JA (23:10)
Initiative „Gegen Masseneinwanderung"	NEIN (19:9)
Regierungsratswahl:	
Empfehlung f. Carmen Haag, CVP	(31:0)

Theateraufführungen

christliche Bühne DIE BOTEN

9244 Niederuzwil:
Evang. Kirchgemeindehaus
14. – 16. Februar 14, jeweils 20:00 Uhr

9545 Wängi:
Vereinshaus, Lommiserstrasse:
22. Februar 14, 20:00 Uhr

8636 Wald:
Kirchgemeindezentrum Windegg
5. – 6. März 14, jeweils 20:00 Uhr

Programm: www.dieboten.ch

EVP Info Thurgau

AZB
9220 Bischofszell